

Front

Leuenberger will Blocher rasch stoppen - Parlament kneift

Der Bundespräsident will einen Entscheid gegen die Absicht Christoph Blochers erwirken, die Antirassismus-Strafnorm zu ändern. Im Nationalrat gibt es keine Protesterklärung.

Von Bruno Vanoni, Flims

Das Verhalten von Justizminister Christoph Blocher in der Türkei hat am Donnerstag weiter für Kritik gesorgt: So warf die Gesellschaft Minderheiten Schweiz dem Justizminister vor, dem Land zu schaden und die Gewaltenteilung zu missachten. Der Evangelische Kirchenbund erinnerte daran, dass die drei Landeskirchen für die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern eingetreten waren.

Blocher hatte in Ankara kritisiert, dass die Schweizer Justiz gegen zwei prominente Leugner dieses Völkermordes aus der Türkei vorgeht. Deshalb zieht er eine Änderung der Antirassismus-Strafnorm in Betracht. Darüber werde der Bundesrat an seiner nächsten Sitzung entscheiden, sagte Bundespräsident Moritz Leuenberger. Die Landesregierung werde dann auch Blochers Verhalten in der Türkei diskutieren. Leuenberger selber enthielt sich gestern eines Kommentars dazu. Dies im Unterschied zu Pascal Couchepin, der sich schockiert zeigte. Der Bundespräsident machte aber klar, dass er Blochers Pläne im Bundesrat rasch stoppen will.

Im Nationalrat hat der grüne Genfer Nationalrat Ueli Leuenberger eine Interpellation mit CVP-, SP- und EVP-Unterschriften deponiert, die Blocher scharf kritisiert und eine Stellungnahme des Bundesrats verlangt.

Ursprünglich war der Text als gemeinsame Erklärung aller Parlamentsfraktionen ausser der SVP gedacht. Nachdem aber die FDP nicht mitgemacht hatte, ging auch die CVP auf Distanz. «Nicht wegen des Inhalts, sondern wegen der Form», wie Fraktionschef Urs Schwaller sagte. Eine Stellungnahme, die von zwei grossen Parteien nicht mitgetragen werde, könne nicht als gemeinsame Erklärung des Parlaments gelten. Der Alternativvorschlag, die Fraktionen zum Sessionsschluss individuelle Erklärungen abgeben zu lassen, wurde dann aus Rücksicht auf das Ratsreglement verworfen.

Berichte und Analysen Seite 3, 10 und 11

BILD BEATRICE DEVENES

Bundespräsident Moritz Leuenberger wollte das Verhalten von Christoph Blocher nicht kommentieren.

Inland

Empörung über Blocher eint Parteien nicht

Bundespräsident Leuenberger

will die Landesregierung rasch

über Blochers Auftritt in Ankara

entscheiden lassen. FDP und

CVP sind nicht bereit zu einer

Protestaktion im Parlament.

Von Bruno Vanoni, Flims

Am Abend nach dem empörenden Auftritt von Justizminister Christoph Blocher in der Türkei beschränkte sich Aussenministerin Micheline Calmy-Rey darauf, die angegriffene Antirassismus-Strafnorm zu verteidigen (TA von gestern). Am Tag danach war dann aber Pascal Couchepin bereit, Blochers Verhalten zu kommentieren: Der FDP-Bundesrat, der sich einst in der Türkei über das nationalrätliche Postulat zum Völkermord an den Armeniern mokiert hatte, erklärte sich im Westschweizer Radio schockiert.

Couchepin: Unmöglicher Auftritt

«Es scheint mir unfassbar, dass ein Bundesrat sich so äussert», sagte Couchepin. Er wolle von Blocher direkt hören, was er in Ankara gesagt habe. Es erscheine ihm jedoch unmöglich, dass ein Justizminister im Ausland von «Bauchschmerzen» wegen eines Gesetzesartikels im eigenen Land rede und eine Position einnehme, die nicht abgesprochen sei.

Kaum war Couchepins Kritik über den Sender, trat Bundespräsident Moritz Leuenberger in Flims vor die Medien. Er wolle «weder Stil noch Umstände noch Ort» von Blochers Intervention kommentieren, sagte Leuenberger. Denn es nütze nichts, wenn sich nun jedes Mitglied des Bundesrates öffentlich äussere. Darüber sei an der nächsten Bundesratssitzung zu reden.

Dann werde auch über den Inhalt von Blochers Auftritt entschieden, kündigte Leuenberger an. Denn der Justizminister habe eine Änderung des Antirassismus-Gesetzes in Erwägung gezogen. Der Entscheid darüber liege jedoch in der Kompetenz des gesamten Bundesrates. Er persönlich sei gegen eine Änderung, sagte Leuenberger. Und er vertraue darauf, dass auch der Bundesrat dieser Meinung sei - zumal sich dieser schon mehrfach gegen eine Revision der Strafnorm ausgesprochen habe (siehe separaten Text). In ersten Reaktionen auf Blochers Ankara-Auftritt hatten sich neben dem rotgrünen Lager auch Spitzenvertreter von FDP und CVP kategorisch gegen eine Änderung der vom Volk genehmigten Strafnorm ausgesprochen. Für eine gemeinsame Protest-Erklärung im Parlament waren sie gestern jedoch nicht zu haben. Der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Buman und der Genfer Grüne Ueli Leuenberger hatten zwar als Ko-Präsidenten der Parlamentariergruppe Schweiz-Armenien einen Entwurf formuliert, der die Unterstützung der SP, der Grünen und der EVP-EDU-Fraktion fand.

Vorwürfe, Protest, Verurteilung

Darin wird Blocher eine Missachtung bundesrätlicher Pflichten auf Auslandsreisen und eine Verletzung des Kollegialprinzips vorgeworfen. Vehement protestiert wird gegen jeden Versuch, ins Funktionieren der unabhängigen Justiz und in die Gewaltenteilung einzugreifen. Schliesslich sollte Blocher verurteilt werden, weil er die nationalrätliche Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in der Türkei schlechtgeredet hat.

Doch gegen eine solche Erklärung wandten sich FDP-Präsident Fulvio Pelli - und auch der designierte Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler. Die FDP stehe nicht für das bekannte Spiel zur Verfügung, dass Blocher mit Auftritten ihm passende Debatten lanciere, sagt Pelli.

Ohne die FDP wollte auch die CVP nicht mehr mitmachen. «Eine gemeinsame Erklärung, die nur das halbe Parlament mitträgt, macht keinen Sinn», sagt CVP-Fraktionschef Urs Schwaller. Aus der verunmöglichten Erklärung haben de Buman und Leuenberger nun eine Interpellation gemacht, die immerhin auch von CVP-Präsident Christophe Darbellay und weiteren CVP-Vertretern unterschrieben worden ist.

Weiterer Bericht, Seite 11

BILD MONIKA FLÜCKIGER/KEYSTONE

*FDP-Politiker stellen sich gegen Blochers Vorhaben, das Gesetz zu ändern:
Couchepin (l.), Gutzwiller, Ineichen.*